

«Unglaubliche Arroganz dieser Banker»

FINANZPLATZ FDP-Präsident Philipp Müller geht mit den Banken hart ins Gericht. Er spricht von Finanzsumpf und fordert ein Ende der «exorbitanten Entschädigungen».

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Philipp Müller, der Finanzplatz Schweiz sorgte wieder für Negativschlagzeilen. Zuerst die Razzien gegen CS-Kunden in Deutschland und dann am Freitag die Meldung, dass Nordrhein-Westfalen erneut eine CD mit Steuerdaten gekauft hat. Schwächt das den Rückhalt für die Steuerabkommen auch in der Schweiz?

Philipp Müller: Diese Razzien basieren einmal mehr auf Daten, die auf ein Datenleck bei einer Bank zurückgehen. Ich staune schon, dass unsere Banken nicht in der Lage sind, ihre Daten sicherer aufzubewahren. Der neue Vorfall zeigt, dass wir mit dem Abgeltungsabkommen solche nicht deklarierten Vermögenswerte ein für allemal regeln müssen. Dann kann man sich diese Krimi-Methoden sparen, die zweier Rechtsstaaten unwürdig sind. Solche Fahndungen bringen doch immer nur selektive Erfolge. Das Abkommen wirkt dagegen flächendeckend. Das wäre ein sehr gutes Argument für den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble, um in Deutschland für die Abgeltungssteuer zu werben.

Was sagen Sie zum neuerlichen Kauf einer gestohlenen Steuer-CD in Nordrhein-Westfalen?

Müller: Dieser erneute Datenkauf ist für mich doch schon ziemlich erstaunlich. Gemäss dem Abkommen mit Deutschland dürften die deutschen Behörden ab Unterzeichnungsdatum des Abgeltungssteuerabkommens keine gestohlenen Daten mehr kaufen. Davon zeugt auch eine Auskunft des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) vom 14. April 2012, die ich damals erhalten habe.

Schon etwas länger sorgt der gefälschte Referenz-Zinssatz für Schlagzeilen. Was denken Sie, wenn Sie die Berichte über den Libor-Skandal lesen?

Müller: Anders als in der Schweiz tobt in den englischen Medien seit Tagen ein Entrüstungsturm. Wenn man die Berichte in der «Financial Times» liest, wird einem nur noch schlecht. London ist der Olymp des Finanzsumpfs!

Warum?

Müller: Bei der Barclays Bank wurden die Eingaben zur Bestimmung des Libor-Zinssatzes systematisch gefälscht. Was in London geschah, ist ein neuer Tiefpunkt einer völlig verantwortungslosen Kultur. Hinzu kommt eine unglaubliche Arroganz der betroffenen Banker.

Die Untersuchungen mehrerer Aufsichts- und Wettbewerbsbehörden richten sich auch gegen UBS und Credit Suisse. Muss sich auch die Schweiz auf einen neuen Finanzskandal gefasst machen?



Hektische Stimmung an der Londoner Metal-Exchange-Börse.

Getty/Jason Alden

Müller: Die UBS war als Erste einsichtig und hat alle zum Reinemachen gezwungen. Wegen ihrer Selbstanzeige wurde die Wettbewerbskommission aktiv. Auch die Finanzmarktaufsicht Finma dürfte Nachforschungen aufgenommen haben. Wie

Je nach Ausgang der Untersuchungen müssen die Schweizer Grossbanken aber mit Zivilforderungen und Sammelklagen rechnen.

Müller: Das stimmt, gemäss Schätzungen könnten Bussen und Klagen rund 22 Milliarden Dollar betragen. Zurzeit lässt sich dieses Risiko aber noch nicht abschätzen, weil das Ausmass der Manipulationen und der Schaden nicht bekannt sind. Weder in der Schweiz noch in den anderen Ländern. Auch die Verfahren zur Festlegung des Libors unterscheiden sich von Land zu Land. Sicher ist aber, dass weltweit sehr viele Finanzprodukte vom Libor abhängig sind, vom Hypothekenzins über Zinsderivate bis zu Kreditkarten. Diese Produkte repräsentieren einen Wert von Hunderten von Billionen Dollar. Der «Bschiss» führt also vor allem zu einem gravierenden Vertrauensverlust.

Man hat den Eindruck, dass es nicht um das Versagen von Einzelpersonen geht, sondern um systematischen Betrug. Als Anhänger der freien Marktwirtschaft muss Sie das erschüttern, oder?

Müller: Das ist so. Die Verantwortlichen des Libor-Betrugs sind die Totengräber der Selbstregulierung. Das ist ein Drama, das über die Banken hinaus ausstrahlt. Hier handelten verantwortungslose Egoisten. Sie zerstören das Vertrauen in die Eigenverantwortung und provozieren letztlich mehr staatliche Regulierungen.

Das ist auch ein Warnschuss an alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft: Freiheit wird am besten bewahrt, indem man sie nicht missbraucht.

Apropos Regulierung: In der Frage der Grossbankenregulierung zeichnet sich eine Koalition von Grünen, SP und SVP für ein Trennbankensystem ab. Ist das auch für Ihre Partei, die FDP, ein Thema?

Müller: Das Trennbankensystem bringt nichts. Das wurde schon bei der Too-big-to-fail-Vorlage ausgiebig diskutiert. Die damals von der Mehrheit des Parlaments und vom Bundesrat vorgebrachten Argumente gelten auch heute noch. Auch im

kontraproduktiv auswirken, wenn die Tochterbank im Irrglauben des Haftungsausschlusses zu viele Freiheiten erhält und höhere Risiken eingeht.

Sind die Investmentbanken und deren Geschäftsmoral nicht ein zu grosses Risiko und auch eine Behinderung für das übrige Geschäft der Grossbanken?

Müller: Das Investmentbanking wird schon jetzt zurückgefahren. Die gefährlichen Eigengeschäfte der Banken werden stark reduziert. Die beiden Schweizer Grossbanken sind daran, ihre Bilanzen zu verkürzen. Viele Assets werden verkauft. UBS und CS sind auf dem richtigen Weg und besser aufgestellt als ihre ausländischen Konkurrenten. Sie sind aber noch lange nicht am Ziel.

Was ist ausser der Redimensionierung im Investmentbanking zu tun?

Müller: Wir kämpfen für einen starken und sauberen Finanzplatz mit global tätigen Schweizer Grossbanken. Politisch wird dieser aber nur überleben, wenn Bürger nicht nur dem eigenen Bankier, sondern der Branche wieder vertrauen. Skandale und exorbitante Entschädigungen für einzelne Investment Banker stehen da im Weg. Zwar fallen dort die Löhne, und Bankchefs anerkennen frühere Fehler, doch noch ist die Kultur nicht gesund, wie mir Retail-Banker sagen. Hier braucht es noch mehr Taten.



«Ich staune schon, dass unsere Banken nicht in der Lage sind, ihre Daten sicherer aufzubewahren.»

PHILIPP MÜLLER,
FDP-PRÄSIDENT

stark unsere Grossbanken in den Skandal verwickelt sind, ist noch nicht absehbar. Die UBS rechnet aufgrund der Selbstanzeige mit Strafminderung. Beide Grossbanken arbeiten mit den Behörden voll zusammen.

MEHR ZUM THEMA

Den **Grossbanken** drohen in der Schweiz **neue Einschränkungen**. Auf **Seite 6** lesen Sie mehr über die Pläne von Grünen, SP und der SVP.

Falle einer Holding mit unabhängigen Töchtern müsste man mit einem Durchgriff der Behörden in den USA und in Grossbritannien auf die Mutter in der Schweiz rechnen, wenn dort eine Tochterbank kollabiert. Die von der SVP vorgeschlagene Lösung könnte sich sogar